



CDU

Arnulf von Eyb MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,

Aktuelle Debatte über die Wissenschaftspolitik

Unter dem Titel „Es ist nicht alles Gold, was glänzt“ fand am Mittwoch in der Plenarsitzung eine aktuelle Debatte zur Wissenschaftspolitik der grün-roten Landesregierung statt.

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und die grün-rote Landesregierung rühmen sich damit, die jährliche Grundfinanzierung an den Hochschulen um 3% zu erhöhen und dafür eine Gesamtsumme von 1,7 Milliarden Euro bereitzustellen.

Auf den ersten Blick eine durchaus beträchtliche Summe. Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass diese Summe sich auf einen Zeitraum von sechs Jahren erstreckt. Hinzu kommt, dass allein 600 Millionen für Bauinvestitionen eingeplant sind. Es verbleiben also weniger als 200 Millionen Euro pro Jahr für die gesamte Hochschullandschaft Baden-Württembergs, die immerhin 9 Universitäten, 23 Fachhochschulen, 8 Musik- und Kunst-

hochschulen und 6 Pädagogische Hochschulen umfasst.

Und ob es in Zeiten von höchsten Steuereinnahmen eine große Regierungskunst darstellt, mehr Finanzmittel für Hochschulen bereitzustellen, sei dahingestellt.

Ich jedenfalls sehe keinen großen Mehrwert für die einzelnen Hochschulen. Auch weil für die Grundfinanzierung Programmmittel überführt werden.

Aber auch in anderen Bereichen tut sich die Wissenschaftsministerin vor allem durch eines hervor: Nichtstun. Exemplarisch seien hier nur die Querelen an der Hochschule für Verwaltung in Ludwigsburg genannt. Seit April 2012 hat sich die ehemalige Rektorin mit dem Problem der Rektoratsrichtlinie zur Gewährung von Leistungszulagen an das Ministerium gewandt. Reagiert wurde allerdings erst im Herbst 2014 durch die Einrichtung einer Kommission. Statt frühzeitig zu handeln und die Problemlage zu erkennen, hat Ministerin Bauer ihre Fürsorgepflicht sträflich vernachlässigt

und so den Ruf der ganzen Hochschule aufs Spiel gesetzt.

Ein weiteres Beispiel: Wer in diesen Tagen die Zeitungsberichte über die Hannover Messe liest, der wird feststellen, dass das Thema Digitalisierung unter dem Stichwort Industrie 4.0 in aller Munde ist. Das Schlagwort der Zukunft wird die Digitale Hochschule sein. Doch auch hier hört man nur sehr wenig von der grün-roten Landesregierung. Andere Länder machen es bereits vor. Bereits ein Blick nach Bayern würde genügen. Hier müssen wir aufpassen, den Anschluss nicht zu verpassen.

Was wir brauchen ist eine Wissenschaftspolitik, die diesen Namen verdient hat.

Klare Position von Kretschmann erwartet

Kurz eingehen möchte ich an dieser Stelle auch auf die Debatte zur anstehenden Erbschaftssteuerreform, die von der FDP beantragt wurde.

Die vielen familiengeführten mittelständischen Unternehmen sind die wesentliche Stütze unseres wirtschaftlichen Wohl-

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL
Schloß 2
74677 Dörzbach
Tel.: 07937-8033118
Email: info@arnulf-von-eyb.de
www.arnulf-von-eyb.de





CDU

Arnulf von Eyb MdL

standes. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Denn es waren die Familienunternehmen, die unser Land groß gemacht haben. Diese Entwicklung darf nicht durch eine ungerechtfertigte Substanzbesteuerung gefährdet werden. Von Ministerpräsident Kretschmann erwarte ich deshalb eine klare Position und vor allem ein deutliches Bekenntnis zu unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft.

Doch statt seinem eigenen Finanzminister Schmid mit seinem Vorschlag den Rücken zu stärken (Schmid hat eine Freigrenze von 100 Millionen Euro vorgeschlagen, ab der Unternehmen von der Steuer befreit sein sollen), hält sich Kretschmann mal wieder bedeckt, um sich nicht dem Gegenwind von den Grünen aus Berlin auszusetzen. Auf der Regierungspressekonferenz im März äußerte Kretschmann, dass er nicht in die Details gehen könne. Auch bei der Debatte am Donnerstag im Plenum bezog er keine Stellung. Dies können wir nicht hinnehmen. Der Ministerpräsident muss endlich Position beziehen

und die Interessen seines Landes über eine Initiative im Bundesrat in Berlin zur Geltung bringen.

Haushaltspolitik der Regierung unseriös

Unser Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Guido Wolf, hat heute die Haushaltspolitik der Landesregierung scharf angegriffen. Er warf der Landesregierung vor, unseriös zu haushalten.

Der ins Parlament eingebrachte Nachtragsetat werde aus schuldenfinanzierten Rücklagen gespeist. „Hier wird auf Pump gelebt zulasten nachfolgender Generationen.“ Mit den guten Steuereinnahmen hätte die Landesregierung längst ohne neue Schuldenauskommen können, ja sogar Schulden abbauen können, führte Wolf aus.

Der Nachtragsetat umfasst 550 Millionen Euro. 350 Millionen davon sind für Kosten der steigenden Zahl von Flüchtlingen gedacht. Hier ist die CDU-Fraktion auch dafür, dass in diesem Bereich finanziell nach-

gelegt wird. Es wäre aber auch möglich gewesen das Ganze seriös zu finanzieren.

141 Millionen Euro sind für bildungspolitische Maßnahmen, insbesondere die Einstellung neuer Lehrer, 27 Millionen für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zum Kampf gegen islamistischen Terror vorgesehen.

Ohne die missratene Polizeireform und zuvor angekündigte Stellenstreichungen hätte aber auch hier eine seriösere Finanzierung vorgenommen werden können.

Schon bei Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2015/16 im November vergangenen Jahres war der Finanzbedarf bekannt und hätte in den regulären Haushalt eingebaut werden können. Es jetzt in einem Nachtragshaushalt zu regeln riecht doch stark nach vorgezogenen Wahlgeschenken.

Ministerin Öney hat dazu gelernt

Integrationsministerin Bilkey Öney (SPD) hat sich für konsequente Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber ausge-

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL
Schloß 2
74677 Dörzbach
Tel.: 07937-8033118
Email: info@arnulf-von-eyb.de
www.arnulf-von-eyb.de





sprochen. Es ist sehr erfreulich, dass die Ministerin jetzt auf die seit Jahren von der CDU vertretene Linie eingeschwenkt ist. Die CDU hat daher der SPD das Angebot gemacht gemeinsam mit der CDU die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik anzugehen. Die Einrichtung der in den 90er Jahren erfolgreich arbeitenden Bezirksstellen für Asyl wäre jetzt der richtige und konsequente nächste Schritt. So könnte die von der Ministerin Öney verlangte konsequente Abschiebung auch wirklich umgesetzt werden.

Die Bereitschaft der Menschen im Land, den Flüchtlingen zu helfen, ist bis heute bewundernswert hoch. Diese Stimmung darf nicht durch unrechtmäßige Praktiken beim Asylverfahren gefährdet werden.

Ihr

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL
Schloß 2
74677 Dörzbach
Tel.: 07937-8033118
Email: info@arnulf-von-eyb.de
www.arnulf-von-eyb.de

